

vom 18.04.2009

Sperrung der Bahnhofsachse und andere „Anreize“

BZ-GASTBEITRAG: Lüder Gerken weist auf folgenschwere Irrtümer über die marktwirtschaftliche Ordnung hin

Was wäre wohl los, wenn unser Bürgermeister die Anweisung erteilte: „Zum Wohle der Gesellschaft sperren wir diese Woche die Bahnhofsachse. Das soll die Menschen dazu bewegen, statt mit dem Zug wegzufahren einen Bummel durch unsere schöne Stadt zu machen.“ Unvorstellbar! Was aber hier grotesk klingt, lassen wir uns auf anderem Gebiet täglich bieten.

Beginnen wir beim Straßenverkehr: In ihm bewegen sich unzählige Autofahrer, Radfahrer, Fußgänger – ein jeder, um einen von ihm gewählten Zielort zu erreichen. Das heißt, der Verkehrsfluss ist kein auf ein kollektives Ziel ausgerichteter Prozess, sondern im Gegenteil ein Phänomen, in dem jeder sein eigenes Ziel bestimmt und ansteuert.

Das kann nur gelingen, weil Verkehrsregeln das Verhalten der anderen zumindest in gewissem Umfang kalkulierbar machen: Bei Grün fahren wir, weil wir darauf vertrauen, dass der kreuzende Verkehr hält. Ohne Regeln gäbe es nur Chaos. Aufgabe des Staates ist es, diese Regeln aufzustellen und durchzusetzen. Mehr macht er aber nicht. So nimmt er keinen Einfluss darauf, welche Zielorte die Verkehrsteilnehmer auswählen, etwa indem er ihnen die Zugreise ausreden und sie stattdessen zu einem Stadtbummel veranlassen wollte. Im Übrigen wür-

de das sowieso nicht viel nützen. Spätestens am zweiten Tag würden die Betroffenen nach anderen Wegen suchen, um zum Zug zu gelangen. Und selbst diejenigen, denen das nicht gelänge, würden zu einem Großteil nicht durch die Stadt bummeln, sondern heimfahren.

Die Marktwirtschaft funktioniert letztlich genauso: Auf den Märkten agieren unzählige Menschen als Konsumenten, Arbeitnehmer oder Unternehmer – ein jeder, um eigene, selbstgesteckte Ziele zu erreichen: bestimmte Waren zu kaufen, Geld zu verdienen und so weiter. Auch in der Marktwirtschaft gibt es daher kein übergeordnetes kollektives Ziel, dem der Marktprozess dienen würde. Es zeichnet gerade die Marktwirtschaft gegenüber der Planwirtschaft aus, dass sie die individuellen Handlungen koordiniert, ohne dass den Menschen – kollektive – Ziele vorgeschrieben werden.

Auch das kann nur gelingen, weil es Regeln gibt, die das Verhalten der anderen zumindest in gewissem Umfang kalkulierbar machen: Abgefüllte Milch kaufen wir nur, weil wir darauf vertrauen, dass der

Karton auch wirklich Milch enthält. Ohne Regeln gäbe es keinen Kauf und damit auch keine Produktion für andere.

Auch in der Marktwirtschaft ist es Aufgabe des Staates, diese Regeln zu schaffen und durchzusetzen. Nur – und das ist der entscheidende Unterschied zum Straßenverkehr – will und macht der Staat hier mehr. Er versucht unentwegt, die Marktwirtschaft für politische Ziele zu instrumentalisieren und uns zu einem bestimmten Verhalten zu bewegen: Die Abwrackprämie soll uns zum Autokauf veranlassen, die Eigenheimzulage zum Hausbau, das Elterngeld zur Zeugung zukünftiger Sozialversicherungseinzahler.

Böse Zungen sprechen von „Korruption des persönlichen Willens“. Politiker sprechen lieber von „Anreizen“. Wie dem auch sei: Finanziert werden diese Lenkungsversuche von demjenigen, der gelenkt werden soll – vom Steuerzahler.

Der Erfolg solcher Versuche ist freilich nicht vorhersehbar. Der Grund: Mal lassen sich die Menschen beeinflussen, mal nicht. Gezwungen werden kann in der

Marktwirtschaft niemand. Daher auch lässt sich die Marktwirtschaft nur begrenzt für politische Ziele instrumentalisieren. Weil die Politiker dies geflissentlich ignorieren, gibt es eklatante Fehlvorstellungen über die Steuerbarkeit der Volkswirtschaft und damit auch über die Erfolgssicherheit von Politik.

Die Freiheit der Menschen, ihren eigenen Zielen nachzugehen

Noch schwerer wiegt: Die unentwegten politischen Lenkungsversuche nähren den (Irr-)Glauben, die Marktwirtschaft versage bei der Aufgabe, für erforderlich gehaltene Ergebnisse hervorzu bringen. Zwar kann sie dies in der Tat nicht. Aber nicht weil sie „versagt“, sondern weil sie – wegen der Freiheit der Menschen, ihren eigenen Zielen nachgehen zu können – gar nicht dafür ausgelegt ist. Sie kann nicht auf ein kollektives Ziel verpflichtet werden; das geht nur mit der Planwirtschaft. Wenn also unsere Politiker das nächste Mal mit dem Brustton der Überzeugung politische „Ziele“ für die Volkswirtschaft verkünden, denken Sie einfach an eine gesperrte Bahnhofsachse! Das kommt der Realität näher.

– Lüder Gerken ist Vorsitzender der *Stiftung Ordnungspolitik* und der *Hayek-Stiftung*.



Lüder Gerken